

## **Beschluss des Landrats vom 22.05.2025**

Nr. 1166

### **40. Aufgrund des Grundlagenirrtums bei der AFP-Planung folgt eine Sistierung der Sparmassnahmen**

2025/128; Protokoll: pw, bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) sagt, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Werner Hotz** (EVP) dankt für die Entgegennahme und die inhaltlich ausführliche Stellungnahme. Darin wird der mittelfristige Ausblick skizziert, der sich für den Kanton Basel-Landschaft nicht als einfach erweist. Am Horizont zeichnen sich die Initiative betreffend familienergänzende Kinderbetreuung und die Prämienabzugsinitiative ab. Die Grüne/EVP-Fraktion sieht diese gewichtigen Kostenblöcke auch. Die Vorarbeiten zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026–2029 laufen bereits. Die Finanzkommission ist aufgefordert, die Vorbereitung des AFP in den nächsten Monaten kritisch zu begleiten, rechtzeitig die richtigen Fragen zu stellen und wo nötig weitere Informationen anzufordern. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Überweisung und Abschreibung des Vorstosses.

**Dieter Epple** (SVP) sagt, die SVP-Fraktion werde den Vorstoss ablehnen. Der Regierungsrat hat klar aufgezeigt, zu welchen positiven Ergebnissen die Massnahmen geführt haben und welche Folgen eine Sistierung hätte.

**Ernst Schürch** (SP) sagt, die SP-Fraktion sei für Überweisung. Dem Regierungsrat sei für die ausführliche und detaillierte Begründung gedankt. Dort wird – wie auch im Postulat von Werner Hotz – der springende Punkt deutlich: Wäre bei der Budgetdebatte im vergangenen Dezember bereits öffentlich bekannt gewesen, was der Steuerungsbericht III besagt, und hätte man damals die Erwartungen gesehen, wäre die Ausgangslage eine gänzlich andere gewesen. Die SP-Fraktion erwartet, dass für die nächste Budgetdebatte diese Zahlen vorliegen, um auf dieser Basis die Entscheide z. B. betreffend Teuerungsausgleich fällen zu können. In der Hoffnung, dass es auch künftig Transparenz geben wird, schliesst sich die SP-Fraktion Werner Hotz an.

**Silvio Fareri** (Die Mitte) stellt fest, die finanziellen Aussichten seien trotz der positiven Jahresrechnung 2024 weiterhin schwierig und auch die Wunschliste für weitere Ausgabe sei immer noch sehr lang. Die mittelfristige Finanzplanung darf nicht ausser Acht gelassen werden. Die Mitte-Fraktion erachtet deshalb eine Sistierung der getroffenen Massnahmen als nicht sinnvoll und lehnt das Postulat ab.

**Christina Wicker-Hägeli** (GLP) stellt fest, dass die Grüne/EVP-Fraktion – entgegen dem ursprünglichen Postulatsanliegen – keine Sistierung der Massnahmen mehr möchte. Es war unerschön, dass der Landrat auf der Basis von falschen Zahlen Sparmassnahmen beschliessen musste und Budgetanträge abgelehnt hatte. Auf der anderen Seite hat der Landrat nun aber ein Stück weit bereits vorgesorgt, weil grössere Ausgabenblöcke auf den Kanton zukommen werden. Die bereits ergriffenen Massnahmen verhindern, dass beim nächsten Mal erneut über Sparmassnahmen diskutiert werden muss. Die GLP-Fraktion ist gegen Überweisung des Postulats.

**Saskia Schenker** (FDP) dankt Werner Hotz. Die Thematik wurde bereits umfassend angeschaut und vom Regierungsrat wurde klar dargelegt, dass es die Massnahmen zwingend braucht, weil sich die Situation sonst viel schlechter präsentieren würde. Der AFP enthält Entlastungsmassnah-

men von CHF 393 Mio. Wären diese nicht enthalten, käme der mittelfristige Ausgleich bei minus CHF 330 Mio. zu stehen. Man darf froh sein, dass der Abschluss 2024 besser war, als ursprünglich gedacht. Die Ursachen für den besseren Abschluss wurden eruiert und erkannt. Alle bisherigen Analysen und Zahlen zeigen, dass es die Entlastung unbedingt braucht. Diese hilft, mit den anstehenden Ausgaben und Aufwänden überhaupt erst einigermaßen zurecht zu kommen. Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung ab, weil es den Vorstoss nicht braucht.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) betont, dass es heute zwar erst um die Überweisung gehe, weil das Thema aber so wichtig sei, hat der Regierungsrat bereits zu diesem Zeitpunkt derart umfassend geantwortet. Das Postulat ist somit schon mehr oder weniger beantwortet. Zum Grundlagenirrtum ist zu sagen, dass sich der Regierungsrat nicht so geirrt hat. Im Verlauf des Jahres 2023 hat sich ein enormes Kostenwachstum abgezeichnet. Der Landrat mag dies mittlerweile nicht mehr hören – dennoch ist es so. Diese Entwicklung hält auch weiterhin an: Gesundheit plus CHF 181 Mio. von 2024 auf 2027, Bildung plus CHF 117 Mio. von 2024 auf 2027. Das allein war der Grund für die Sparmassnahmen, um eine antizipierte Rechnung ging es überhaupt noch nicht. Das Schwierige ist jetzt, dass sich der Trend weiterentwickelt. Aktuell wird – wiederum mit 2024 als Ausgangslage und bis 2028/2029 – in der Bildung mit plus CHF 220 Mio. und bei der Gesundheit mit plus CHF 200 Mio. gerechnet. Das sind lediglich einige Positionen, die es zu bewältigen gilt. Ein grosser Vorteil ist, dass sich die Steuererträge ebenfalls positiv entwickeln. Damit besteht die Chance, den mittelfristigen Ausgleich einzuhalten. Mit anderen Worten: der Regierungsrat geht nie von einem Stichtag aus. Es wird nicht von einer Rechnung per 31.12. ausgegangen, sondern die Finanzplanung wird angeschaut und diese stellt eine ganz grosse Herausforderung dar. Saskia Schenker hat vorhin auf zwei Initiativen verwiesen, die – wenn sie so angenommen würden – pro Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen zu Buche schlagen würden. Zur Erinnerung: Die Gratis-Kinderbetreuung würde Kosten in Höhe von CHF 172 Mio. verursachen. Es ist davon auszugehen, dass es dank des Gegenvorschlags nicht so gravierend wird. Nichtsdestotrotz steht eine Abstimmung an. Weiter gibt es die Prämienabzugsinitiative, bei deren Annahme ebenfalls mit CHF 90–100 Mio. pro Jahr gerechnet wird. Man muss sich überlegen, welche Mittel vorhanden sein müssen, um so etwas über vier Jahre finanzieren zu können. Der Finanzdirektor hofft, dass der Gegenvorschlag der Prämienabzugsinitiative die Kosten etwas sanfter ausfallen lassen wird. All diese Aspekte werden in der Finanzplanung eingepreist. Das ist letztendlich der Grund, dass man schauen muss, wie alle Anforderungen finanziert werden können – wobei die Anforderungen noch nicht vollständig aufgezählt wurden, Stichwort Universität, Prämienverbilligung, NFA, Sonderschule, EL und stationäre Spitalkosten, was nochmals über CHF 300 Mio. in den Finanzplanjahren ausmacht. Es gibt höhere Steuererträge, allerdings müssen die CHF 393 Mio., die im AFP eingestellt wurden, auch realisiert werden. Daran arbeitet der Regierungsrat. Die CHF 393 Mio. sind ein fester Bestandteil der kommenden Finanzplanung.

Die einzelnen Botschaften sind beim Finanzdirektor angekommen. Lucia Mikeler hatte an der letzten Sitzung die Teuerung erwähnt. Selbstverständlich diskutiert der Regierungsrat über die Teuerung, aber zu dem Zeitpunkt, als der AFP beschlossen wurde, stand im Vordergrund, dass der AFP so daherkommen muss, damit auf vier Jahre reagiert werden kann. Dies hat zum Entlastungspaket geführt.

Die erste Lesung des AFP wurde gerade abgeschlossen. Der Regierungsrat hat Aufträge erteilt und die zweite Lesung befindet sich in Vorbereitung. Aber auch hier ist zu betonen, dass man an der Umsetzung der Entlastungsmassnahmen ist. Es ist dem Finanzdirektor selbstverständlich ein zentrales Anliegen, der Finanzkommission gegenüber Transparenz zeigen zu können. In der Stellungnahme wurde aber aufgezeigt, was in den drei bis vier Monaten zwischen dem Steuerungsbericht III und der Rechnung geschehen kann. Die Rechnung hat nicht wegen der Baseline so gut abgeschlossen, sondern wegen enormer Steueremehrerträgen, die vor allem bei juristischen Per-

sonen erzielt wurden. Das war eine positive, erfreuliche Entwicklung. Die negative Entwicklung 2023 war übrigens auf Steuermindererträge zurückzuführen. Dies muss man ab und an in Kauf nehmen.

Werner Hotz wird für sein Verständnis gedankt. Die Transparenz in der Finanzkommission wird weiterhin hochgehalten. In der nächsten Sitzung wird der Kommission die Ausgangslage nach der ersten AFP-Lesung vorgestellt. Der Finanzdirektor verspricht, jede Frage zu beantworten, die irgendjemandem in den Sinn kommen könnte, allerdings ist die Aufgaben- und Finanzplanung zurzeit sehr anspruchsvoll.

://: Mit 44:32 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

---